



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

3. Juli capitulirte. Vor den Festungen an der Nordgrenze hatten sich die Verbündeten nicht aufhalten lassen; sie ließen nur einzelne Abtheilungen zu deren Beobachtung und schließlicher Belagerung zurück, während sie zu gleicher Zeit die Entscheidung auf dem Punkte suchten, wo sie lag. Hiermit schließt die neuere Geschichte des niederrheinischen Kriegstheaters wenigstens für die Verhältnisse ab, welche wir im Auge haben. Der Befreiungskampf der Belgier und der mit ihnen verbündeten Franzosen gegen Holland kommt für uns nicht in Betracht. Wir werden im Folgenden mehrfache Gelegenheit haben, uns auf die vorstehende historische Zusammenstellung zu beziehen.

Wilhelm Rüstow.

Von der preussischen Grenze.

Nachdem die Frage der deutschen Einheit einmal wieder vor das Forum der öffentlichen Meinung getreten ist, versteht es sich von selbst, daß es an wohlmeinenden Rathgebern nicht fehlt, die nach ihrem besten Wissen ein allgemeines Heilmittel für die Schäden Deutschlands ersinnen und zu der schleunigen Anwendung desselben rathen. So viel wir bemerkt, gehen in der letzten Zeit diese Rathgeber hauptsächlich aus der großdeutschen Partei heroor. Einer derselben („Reformen der deutschen Bundesacte“ vom Notar Schübler, Stuttgart bei Neff), der weiter nichts ist als ein Echo der süddeutschen Antipathie gegen Preußen, spricht sich kurz und resolut aus: Einführung der absoluten Majorität im Bundestage, Vertretung der einzelnen Landstände bei demselben, da Oestreich doch wol die Gefälligkeit haben wird, zum Behuf derselben Landstände einzuführen, und Ausdehnung der Befugnisse des Bundes über alle möglichen Dinge. Ein anonymen Schriftsteller („Ausführbare Vorschläge zu einer Reform der deutschen Bundesverfassung“, Leipzig, J. J. Weber), der, wenn man nach seiner Vorliebe für die bayrische Großmacht urtheilen darf, ein Bayer ist, geht gründlicher zu Werke. Er vermeidet außerdem jede gehässige Polemik und macht den Eindruck eines Mannes, dem es ernsthaft um die Sache zu thun ist. Er beginnt mit einer wissenschaftlichen Untersuchung über die Natur der deutschen Bundesacte, und kommt zu dem Resultat, daß der deutsche Bund nicht ein Staatenbund, sondern ein Bundesstaat ist. So interessant diese Untersuchung in wissenschaftlicher Beziehung sein mag, für die practische Anwendung wäre sie allenfalls zu umgehen, um so mehr, da der Verfasser, der die Form des Bundesstaats beizubehalten gedenkt, dessen ungeachtet sehr weitgreifende Veränderungen sowohl in Bezug auf den Territorialbestand als auf die Bundesverfassung in Aussicht stellt. Was den ersten Punkt betrifft, so

verlangt er vor allen Dingen die Aufnahme sämtlicher Besitzungen Oestreichs und Preußens in den deutschen Bund, ebenso die Einverleibung Schleswigs; dagegen will er Limburg und Baduz als zweideutige oder unnütze Bundesglieder aus dem Bunde entfernen. Ueber alle übrigen Punkte ließe sich streiten, die Hauptsache ist die Aufnahme der östreichischen Länder. „Der Einwand, daß Deutschland dann in alle östreichischen Händel und Verwickelungen mit hineingezogen werden würde, wiederlegt sich dadurch, daß es factisch schon der Fall ist. Wir haben nicht mehr zu fürchten, in die östreichischen Händel verwickelt zu werden, sondern wir sind es, wie dies schon die bloße Kriegserklärung Oestreichs an Sardinien Ende April dieses Jahres bewiesen hat, wo die Erklärung mit einem Schlag Tausende ihres Vermögens beraubte, ein Bankrott dem andern folgte, Industrie und Handel stille standen. Ja nicht bloß Deutschland, sondern ganz Europa wurde dadurch in die größte Unruhe und Aufregung versetzt; so sehr sind jetzt die Interessen aller Länder durch Industrie, Handel, Staatspapiere, Credit, Eisenbahnen und Telegraphen verflochten und namentlich mit Oestreich verflochten.“

Das heißt freilich den Knoten nicht lösen, sondern zerhauen, obgleich der Punkt, auf den es ankommt, richtig berührt ist. Wenn Deutschland eine selbstständige Politik verfolgen will, so muß es sich zunächst darüber klar machen, wie es sich zu den orientalischen und italienischen Conflicten zu verhalten hat, die sich aus dem östreichischen Länderverband ergeben. Könnte der Kaiser von Oestreich sich dazu verstehen, die Leitung seiner auswärtigen Politik vollständig aufzugeben und sie nicht bloß nominell, sondern wirklich der Bundescentralgewalt anzuvertrauen, so daß sie von dieser lediglich im deutschen Interesse geführt würde, so wäre das ein Aequivalent, welches man sich wenigstens näher überlegen könnte. Der Gedanke ist aber geradezu absurd, so absurd wie keine andere von den politischen Ideen, die seit elf Jahren aufgetaucht sind. Wenn aber der Kaiser von Oestreich in der Leitung seiner auswärtigen Angelegenheiten souverän, und der deutsche Bund dennoch verpflichtet sein soll, jeder Wendung derselben zu folgen, so wird Deutschland damit eine östreichische Provinz. Und hier möge man wohl überlegen, was man thut. Die Parteigänger Oestreichs sind gerade jetzt, wo ihre Sache nicht zum besten steht, in einer Aufregung, aus der leicht unüberlegte Schritte hervorgehen könnten. Es handelt sich um nichts weniger, als Preußen aus dem deutschen Bunde herauszudrängen. Sollte Preußen in die Lage versetzt werden, darauf eingehen zu müssen, so wäre vielleicht nicht Preußen der verlierende Theil. Man wirft den Anhängern Preußens immer vor, sie wollten Oestreich aus dem Bunde drängen. Wenn wir aber gern zugeben, daß manche von diesen Anhängern zu weit gehen und dem Unmöglichen nachstreben, so ist der eigentliche Sinn dieser Richtung doch nur gesehlich zu fixiren, was factisch bereits besteht. Der Zusammenhang Deutsch-Oestreichs mit dem Reich ist so lose, daß er durch die projectirte Bundesreform, wenn sie sich innerhalb vernünftiger Grenzen hält, nicht im mindesten alterirt werden darf.

Auf die weitem Vorschläge des Verfassers einzugehen, ist insofern nicht nöthig, als sie mit diesem Princip stehen oder fallen. Sie kommen alle darauf hinaus, die Befugniß der Bundesgewalt aufs äußerste zu vergrößern, die Einstimmigkeit durch Majorität zu ersetzen und diese Majorität so zu construiren, daß sie unter allen Umständen Oestreich zufallen muß. Der Vorschlag, das Präsidium des Bundes zwischen

Oestreich und Preußen wechseln zu lassen, ist unter diesen Umständen bloß ein Röder, auf den der Verfasser selbst kein Gewicht legt.

Ein anderer Bayer („Das Heil kommt nicht von Oestreich; eine Stimme aus Bayern von Dr. Ph. S. von der Auerach; Berlin, Kiegel) sucht im Gegentheil nachzuweisen, daß Bayern von Oestreich nur Schaden erlitten habe, und daß jeder echte Bayer ein Gegner des Kaiserstaats sein müsse. Ein Urtheil über diesen Punkt steht uns nicht zu.

Mit großem Beifall zeichnen wir eine russische Stimme auf: *Une voix d'Allemagne par le comte Dmitry-Tolstoy* (Leipzig, Muquardt). Gleichviel ob der Verfasser im russischen Interesse oder welchem andern schreibt, seine Analyse der Zustände ist scharfsinnig und vollkommen richtig, und wir weichen nur in einem Punkt von ihm ab. Er bezeichnet die preussische Mobilisirung als einen Fehler und leitet sie lediglich von dem Eindruck her, den die süddeutsche Agitation in Berlin hervorgebracht. Wenigstens das letztere ist ein Irrthum; die Mobilisirung entsprang lediglich aus der deutschen Regierung des Prinzregenten, der es für eine Ehrenpflicht hielt, dem alten Waffenbruder in seiner Gefahr beizuspringen, so weit es ohne die Verletzung höherer Pflichten möglich war. Dagegen treten wir dem Verfasser in seinem Urtheil über die gegenwärtige nationale Bewegung vollkommen bei. Ein unmittelbares Resultat wird dieselbe nicht haben. Die politische Constituirung Deutschlands setzt einen Bürgerkrieg voraus; es ist möglich, daß es einmal dazu kommt, aber ihn absichtlich herbeiführen zu wollen, wäre rucklos, und auf den Ausgang desselben würde die jegige mehr theoretische Bewegung gar keinen Einfluß haben. Indirect dagegen kann die Bewegung sehr wichtig und sehr segensreich sein. Wenn die deutschen Patrioten der verschiedenen Staaten sich untereinander verständigen, so werden sie zunächst jeder in seiner Heimat dahin zu wirken haben, daß hier auf gesetzlichem Wege ihre Principien zur Geltung kommen, d. h., daß ihre Partei allmählig die Majorität des Landtags bildet. Geschieht das allenthalben, so werden sich auch die Regierungen auf die Länge diesem Einfluß nicht entziehen, und wenn man in allen einzelnen Staaten dasselbe will, so wird ohne äußere künstliche Constituirung die Einheit sich von selbst ergeben. So urtheilt ein besonnener Ausländer, und in demselben Sinn wiederholen wir: die deutsche Reform muß nicht von der Spitze, sondern von der Basis ausgehen; nicht vom Bundestag, sondern von den einzelnen Staaten; doch so, daß die Freunde der Reform sich untereinander zu gemeinsamen oder wenigstens ähnlichem Wirken verständigen.

Glücklicherweise hat die preussische Regierung den Weg betreten, der allein zum Ziel führt. Ihre Denkschrift vom 10. Oct. in Bezug auf die kurhessische Angelegenheit ist, abgesehen von der Entlassung des Herrn von Westphalen, das folgenreichste und erfreulichste Ereigniß seit den letzten zehn Jahren. Nicht bloß in Bezug auf ihren Inhalt, indem sie auf den unerschütterlichen Boden des Rechts und der Vernunft zurückgeht; sie ist auch in der Form ein Meisterstück. Zugleich entschieden und mit weiser Besonnenheit, wie es einer Großmacht ziemt, gesteht sie ohne Ostentation und ohne unnöthige Klage freimüthig die Fehler ein, an denen 1852 leider auch Preußen Theil genommen hat; sie predigt nicht eine unfruchtbare Buße, sondern sie ermahnt, aus Gründen der Klugheit, die jedem Unbefangenen einleuchten

müssen, den natürlichen Weg wieder einzuschlagen, der wie gewöhnlich auch der Weg des Rechts ist. Ein allgemeiner Jubel wird dieser Denkschrift folgen; aber damit ist es noch nicht genug, es muß womöglich auch dahin gewirkt werden, daß diese Ansicht Folge hat, und dies kann nur dadurch geschehen, daß endlich einmal in einer Frage, die an sich vollkommen klar ist, sich eine öffentliche Meinung bildet. Weder das großdeutsche noch das kleindeutsche Programm kann das von sich rühmen; und daß eine bestimmte Frage so angethan sein mußte, daß das allgemeine Urtheil nicht irren konnte und daß es noch dazu durch den Beistand einer mächtigen Regierung getragen wurde, war ein kaum zu hoffender Glücksfall.

Mit einer viel geringern Befriedigung haben wir den offenen Brief des Kaisers Napoleon an den König von Sardinien vom 20. Oct. gelesen. Da in demselben alles räthselhaft ist, wollen wir auf die fruchtlose Mühe verzichten, einen Zusammenhang aufzufinden, und es bei der Hervorhebung einiger wichtigen Punkte bewenden lassen.

Von dem Princip der Legitimität ist nicht die Rede; denn der Herzog von Modena soll vertrieben und Parma mit Piemont vereinigt werden, aus rein strategischen Gründen. Wenn also Gründe vorliegen, den Wünschen der Einwohner von Toscana und Modena keine Folge zu geben, so sind es wenigstens keine principiellen Gründe.

Bei der Constituirung des italienischen Bundes nach der Analogie des deutschen wird vorausgesetzt: einmal, daß der Papst liberale Reformen einführt, vielleicht auch die Legationen an den Großherzog von Toskana abtritt. In das erste wird er schwerlich, in das zweite gewiß nicht willigen. Es wird zweitens vorausgesetzt, daß die Bundestagsgesandten nicht lediglich von den des österreichischen Interesses verdächtigen Souveränen, sondern nach den Vorschlägen der Kammern ernannt werden, d. h. mit andern Worten die gesetzlich fixirte Anarchie. Es wird endlich vorausgesetzt, daß Oestreich im venetianischen Gebiet nicht bloß ein italienisches Heer und eine italienische Verwaltung constituire, sondern auch die Festungen Mantua und Peschiera (im Gegensatz zu Verona) als Bundesfestungen anerkenne, d. h. die freie Disposition darüber aus den Händen gebe. Wie Oestreich auf diese Forderungen eingehen kann ist uns unverständlich.

Mit dem in diesem Brief vorgelegten Entwurf ist also die Sache noch keineswegs erledigt, denn er ist voll innerer Widersprüche, unhaltbar in seinen Voraussetzungen und, da zugleich jede Intervention ausgeschlossen wird, auch unausführbar. Es ist also auf dem Congreß den drei Mächten England, Rußland und Preußen ein sehr bedeutender Spielraum gegeben, wenn sie an dem Gedanken festhalten, daß, da das positive Recht doch einmal verletzt ist, ein Zustand, der Europa für seine Dauer Garantien gibt, nur dadurch herbeigeführt werden kann, daß man den Wünschen der Bevölkerung Gehör gibt, die nicht bloß von den Sympathien der ganzen gebildeten Welt getragen werden, sondern die auch den realen Verhältnissen, den Interessen Italiens, den Interessen des monarchischen Princips und den Interessen des europäischen Gleichgewichtes vollständig entsprechen. † †